

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Lüdenscheid

am 12.07.2010

im Ratssaal

Anwesend:

Vorsitz des Rates:

Bürgermeister Dieter Dzewas

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Rolf Breucker

Ratsherr Ingo Diller

Ratsherr Gordan Dudas MdL

bis 18:40 Uhr

Ratsherr Jan Eggermann

Ratsherr Horst Eick

Ratsfrau Eveline Haue

Ratsherr Lothar Hellwig

Ratsfrau Karin Hertes

Ratsherr Stefan Hoffmann

Ratsfrau Evangelia Kasdanastassi

Ratsfrau Sandra Knoblauch

Ratsherr Steffen Kriegel

Ratsfrau Nicole Schulte

Ratsfrau Heide-Marie Skorupa

Ratsfrau Verena Szermerski-Kasperek

Ratsherr Michael Thielicke

Ratsfrau Ramona Ullrich

Ratsherr Jens Voß

von der CDU-Fraktion:

Ratsherr Oliver Fröhling

Ratsfrau Christel Gabler

Ratsherr Rüdiger König

Ratsfrau Susanne Mewes

Zweite Stellvertretende Bürgermeisterin Ursula Meyer

Ratsherr Heinz-Rüdiger Ochel

Ratsherr Stefan Pietzner

bis 18:40 Uhr

Ratsfrau Sabine Rigas-Gülde

Ratsfrau Britta Rogalske

Ratsherr Hansjürgen Wakup

Ratsherr Björn Weiß

bis 18:40 Uhr

Ratsherr Karsten Weller

Ratsherr Rüdiger Wilde

von der FDP-Fraktion:

Ratsfrau Brunhilde Gromball

Ratsherr Jens Holzrichter

Ratsherr Oliver Petrosch

Ratsfrau Anette Schwarz
Ratsherr Michael Wülfrath

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Erster Stellvertretender Bürgermeister Otto Bodenheimer
Ratsherr Hermann Morisse
Ratsfrau Kirsten Petereit
Ratsfrau Tanja Tschöke

von der Fraktion Lüdenscheider Liste:

Ratsfrau Angelika Linnepe

von der Fraktion DIE LINKE

Ratsherr Dietmar Skowasch-Wiers

Ratsmitglieder, die keiner Fraktion angehören:

Ratsherr Stephan Haase
Ratsherr Peter Oettinghaus

bis 18:40 Uhr

Verwaltung:

Erster Beigeordneter Dr. Wolfgang Schröder
Stadtkämmerer Karl Heinz Blasweiler
Beigeordneter Wolff-Dieter Theissen
Frau Petra Noack
Herr Frank Kusmirtz
Herr Edgar Weinert
Herr Hans-Jürgen Badziura

Schriftführung:

Frau Kerstin Marré

Abwesend:

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Bernd Schildknecht

von der CDU-Fraktion:

Ratsherr Norbert Adam
Ratsherr Bernd-Rüdiger Lühns
Ratsherr Jürgen Sager

von der Fraktion Lüdenscheider Liste:

Ratsherr Peter Biernadzki

von der Fraktion DIE LINKE

Ratsherr Yasin Kut

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:48 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Es liegen keine schriftlichen Anfragen aus der Bürgerschaft vor.

2. Bildung eines Ältestenrates

Gemäß der Hauptsatzung der Stadt Lüdenscheid vom 10.04.2008, in der derzeit gültigen Fassung, bildet der Rat für die Zeit der Parlamentsferien einen Ältestenrat, in den auf Vorschlag der Fraktionen gewählt werden:

SPD: **für die gesamte Ferienzeit:**
Ratsherr Diller

Vertretung 1. und 2. Ferienwoche:
Ratsherr Voß

Vertretung 3 bis 6. Ferienwoche:
Ratfrau Szermerski-Kasperek

CDU: **1. Ferienhälfte:**
Ratsherr Fröhling

2. Ferienhälfte:
Ratsherr König

FDP: **für die gesamte Ferienzeit:**
Ratsherr Holzrichter

Vertretung für die gesamte Ferienzeit:
Ratsfrau Gromball

**Bündnis 90/
Die Grünen:**

1. und 2. Ferienwoche:
Erster Stellvertretender Bürgermeister Bodenheimer

3. und 4. Ferienwoche:
Ratsfrau Petereit

5. und 6. Ferienwoche:
Ratsfrau Tschöke

**Lüdenscheider
Liste:**

für die gesamte Ferienzeit:
Ratsfrau Linnepe

Vertretung für die 2. Ferienhälfte:
Ratsherr Biernadzki

DIE LINKE: **für die gesamte Ferienzeit:**
Ratsherr Skowasch-Wiers

3. Ehrung von Personen
hier: Verleihung der Ehrenplakette der Stadt Lüdenscheid an Herrn K. T. Neumann
Vorlage: 111/2010

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Herrn K. T. Neumann wird die Ehrenplakette der Stadt Lüdenscheid verliehen.

Abweichend von § 6 Abs. 1 der Satzung über die Ehrung verdienter Männer und Frauen durch die Stadt Lüdenscheid vom 16.06.1966 wird im Hinblick auf die Auszeichnung von Herrn K. T. Neumann entschieden, dass die Ehrenplakette der Stadt Lüdenscheid ausnahmsweise nicht in einer Sitzung des Rates durch den Bürgermeister verliehen wird, sondern am Wohnort des Auszuzeichnenden in Berlin durch die Mitglieder des Deutschen Bundestages Frau Petra Crone, Herrn Dr. Matthias Heider und Herrn Johannes Vogel.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 45

4. Benennung eines Platzes im Bereich des Bahnhofes Lüdenscheid
Vorlage: 085/2010

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der Platz im Einfahrtsbereich der Bahnhofsallee wird in „Hermann-Reitz-Platz“ benannt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 45

5. Gültigkeit des Abstimmungsergebnisses des Bürgerentscheides am 09.05.2010
Vorlage: 120/2010

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Gemäß § 7 der Satzung der Stadt Lüdenscheid über die Durchführung von Bürgerentscheiden und unter Berücksichtigung der analogen Anwendung des § 40 Abs. 1 KWahlIG wird das Abstimmungsergebnis des Bürgerentscheides der Stadt Lüdenscheid vom 09.05.2010 für gültig erklärt. Insbesondere wird festgestellt:

1. Bei der Vorbereitung der Abstimmung oder bei der Abstimmungshandlung sind keine Unregelmäßigkeiten vorgekommen, nach welchen die Abstimmung für ungültig zu erklären ist.

2. Es besteht kein Anlass, die Feststellung des Abstimmungsergebnisses durch den Wahlausschuss in der Sitzung vom 18.05.2010 für ungültig zu erklären.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 45

6. Neustrukturierung der Verwaltung Vorlage: 108/2010

Bürgermeister Dzewas erläutert, dass es sich bei dem von der Verwaltung vorgelegten Bericht um einen ersten Entwurf handele, der sich an die Empfehlungen von Horváth & Partners anlehne. Der Bericht solle als Diskussionsgrundlage dienen.

Er schlägt vor, den Bericht sowie auch den Antrag der CDU-Ratsfraktion zu diesem Punkt als Arbeitsmaterial zu verwenden. In der ersten Fraktionsvorsitzendenbesprechung nach den Sommerferien könne dann hierüber beraten werden.

Die Mitglieder des Rates stimmen dieser Vorgehensweise zu.

6.1. Antrag der CDU-Ratsfraktion zur Neustrukturierung der Verwaltung

Siehe Punkt 6 „Neustrukturierung der Verwaltung“.

7. Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen "Fahrplan zum Bürgerhaushalt 2011"

Ratsherr Holzrichter trägt den gemeinsamen Antrag der Ratsfraktionen SPD, FDP und Bündnis 90 / Die Grünen vor.

Ratsfrau Linnepe spricht sich anschließend unter anderem dafür aus, den Antrag dahingehend zu ergänzen, dass die Vorschläge aus der Bevölkerung nicht nur rechtlich sondern auch finanziell umsetzbar sein sollten. Ratsherr Holzrichter entgegnet, dass die rechtlich umsetzbaren Vorschläge, unabhängig von ihrer Finanzierbarkeit, in den Fachausschüssen diskutiert werden sollten.

Ratsherr Fröhling teilt mit, dass die CDU-Ratsfraktion den Antrag mittragen werde. Die letztendliche Verantwortung bzw. die Entscheidung über die Umsetzung der eingebrachten Sparvorschläge müsse aber nach wie vor von den Fachausschüssen und dem Rat getragen werden. Diese Verantwortung könne nicht auf die Bürgerinnen und Bürger abgewälzt werden.

Ratsherr Oettinghaus führt aus, dass er gegen diesen Antrag stimme werde. Als Begründung führt er an, dass die Bürgerinnen und Bürger in der Vergangenheit keinen Einfluss auf die Investitionen hätten nehmen können. Jetzt wo keine Mittel mehr zur Verfügung stünden, sollten die Einwohnerinnen und Einwohner Sparvorschläge einbringen.

Ratsherr Haase schließt sich den Ausführungen von Ratsherrn Oettinghaus an.

Anschließend stimmt der Rat der Stadt Lüdenscheid über den gemeinsamen Antrag der Ratsfraktionen SPD, FDP und Bündnis 90 / Die Grünen wie folgt ab:

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	43
Nein-Stimmen:	1
Enthaltungen:	1

8. Antrag der Ratsfraktion Lüdenscheider Liste "Google Street View"

Beigeordneter Theissen trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor.

Zunächst sei festzuhalten, dass der Antrag der Ratsfraktion Lüdenscheider Liste beinhaltet, dass eine private Angelegenheit von der Verwaltung mitbearbeitet werden solle. Die Verwaltung vertrete weiterhin die Auffassung, dass es sich um ein Widerspruchsrecht handle, dass jede Bürgerin und jeder Bürger für sich selbst einlegen müsse und dass dies keine öffentliche Aufgabe darstelle.

Bezug nehmend auf die erlassene Sondernutzungssatzung der Stadt Ratingen teilt er weiterhin mit, dass Google Street View die Straßen in Lüdenscheid bereits erfasst habe. Sollte die Stadt Lüdenscheid die Satzung dahingehend ändern, könne rückwirkend keine Gebühr mehr erhoben werden. Darüber hinaus bestünden Zweifel, ob die Stadt Ratingen, sollte es zu einem Prozess gegen Google kommen, diesen gewinnen könne. Ein Urteil aus dem süddeutschen Raum besage, dass die Fahrzeuge von Google Street View den Verkehr nicht behindern würden und daher nicht untersagt werden können

Die Verwaltung habe mit der Verbraucherberatung Kontakt aufgenommen. Diese habe zugesagt, die Widerspruchsformulare auszulegen. Ein entsprechender Link zu dem Muster-Widerspruch sei seit geraumer Zeit auf der Internetseite der Stadt Lüdenscheid unter Rathaus / Datenschutzbeauftragter eingestellt.

Bürgermeister Dzewas ergänzt die Ausführungen von Beigeordneten Theissen dahingehend, dass, sollte das Bürgeramt die Widerspruchs-Formulare auslegen, auch eine rechtliche Beratung, die unter Umständen nicht zulässig sei, der Bürger/innen erforderlich würde. Da bereits Personal im Bürgeramt abgebaut worden sei, könnten solche zusätzlichen Beratungen nicht mehr durchgeführt werden.

Des Weiteren führt er aus, dass die Verbraucherzentrale diese Beratungen bereits mehrfach durchgeführt habe und hierfür die richtige Anlaufstelle sei.

Ratsfrau Linnepe verweist darauf, dass andere Städte, zum Beispiel Magdeburg, diese Beratungen durchführen würden. Sie fände es bedauerlich, dass die Verwaltung sich dagegen aussprechen würde.

Ratsherr Diller schließt sich der Meinung der Verwaltung an. Die SPD-Fraktion werde diesem Antrag nicht zustimmen.

Ratsherr Holzrichter teilt mit, dass andere Städte hier großzügiger verfahren würden. Die FDP-Fraktion könne aber die Lösung, die Formulare in der Verbraucherzentrale auszulegen, akzeptieren. Eine entsprechende Weiterleitung der Bürger/innen durch das Bürgeramt an die Verbraucherzentrale solle aber bei entsprechenden Anfragen erfolgen.

Ratsfrau Tschöke schließt sich den Ausführungen von Rats Herrn Holzrichter an.

Ratsherr Haase schlägt vor, die Widerspruchs-Formulare in den Informationsständen im Bürgerforum auszulegen. Darüber hinaus könne die Verwaltung einen Aufruf an den Lüdenscheider Einzelhandel starten. Geschäften, die sich bereit erklären würden, die Formulare auszulegen, könne die Verwaltung Kopien zur Verfügung stellen.

Anschließend lässt Bürgermeister Dzewas über den Antrag der Lüdenscheider Liste abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 2
Nein-Stimmen: 43

9. Parkpalette Corneliusstraße; weiteres Vorgehen Vorlage: 129/2010

Bürgermeister Dzewas teilt mit, dass die angekündigte Tischvorlage 129/2010 „Parkpalette Corneliusstraße; weiteres Vorgehen“ zurückgezogen würde, da die Bezirksregierung mitgeteilt habe, dass die Übertragung der Mittel in das Jahr 2011 nicht zulässig sei.

Anschließend übergibt Bürgermeister Dzewas Herrn Weinert, Amt für Wirtschaftsförderung, Projektsteuerung und Liegenschaften, das Wort.

9.1. mündlicher Bericht: Parkpalette Corneliusstraße

Herr Weinert, Amt für Wirtschaftsförderung, Projektsteuerung und Liegenschaften, trägt zunächst noch einmal die Einzelheiten vor.

Im Mai 2009 sei die Verwaltung durch den Rat beauftragt worden, eine europaweite Bekanntmachung mit Teilnahmewettbewerb und anschließendem Verhandlungsverfahren zur Bereitstellung von Parkplätzen auf dem Grundstück der Parkpalette Corneliusstraße durchzuführen. Ausschreibungsbedingungen waren die Sanierung oder Abriss und Neubau der Parkpalette. Das Verfahren wurde im Juli 2009 im Rahmen eines europaweit ausgeschriebenen Teilnehmerwettbewerbes gestartet. Es gab drei Teilnehmeranträge; ein Teilnehmer wurde aufgrund unzureichender Unterlagen ausgeschlossen. Den verbliebenen zwei Anbieter habe die Verwaltung die entsprechenden Vergabeunterlagen im Oktober 2009 zugesendet. Mit den Interessenten wurden umfangreiche Gespräche geführt. Parallel dazu kam die Stadt Lüdenscheid in die vorläufige Haushaltsführung. Da alle Investitionsausgaben unter dem Vorbehalt der Aufsichtsbehörde standen, habe die Verwaltung die Anbieter gebeten, die jeweilige Angebotsfrist zu verlängern.

Zu dem Abgabetermin legte nur eine der beiden Firmen ein form- und fristgerechtes Angebot vor. Im Nachgang habe diese Firma aber ihr Angebot in mehreren Punkten geändert, wobei der Schwerpunkt beim Anwohnerparken gelegen habe. Dieses habe vor allem tagsüber nicht umfänglich erfolgen sollen, was damit nicht den Vergabeanforderungen entsprach. In der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 16.06.2010 hätten die Mitglieder die bestehende politische Position bestätigt, dass ein Anwohnerparken rund um die Uhr auf einen Teil der Parkpalette erfolgen solle und die Verwaltung beauftragt, Möglichkeiten der Eigenerstellung zu prüfen. Da letztendlich keines der Ausschreibung entsprechende Angebot vorgelegen worden sei, habe die Verwaltung das Ausschreibungsverfahren rechtmäßig einstellen können. Zur Eigenerstellung sei eine Arbeitsgruppe eingerichtet worden. In der vergangenen Woche lagen hier folgende Ergebnisse vor.

Ein Neubau habe eine ungefähre Nutzungsdauer von 50 Jahren und würde ohne Verkleidung der Fassade und ohne Bedachung schätzungsweise 2,1 Mio. € kosten. Eine weitere Kostenermittlung würde aber zurzeit noch von einem Lüdenscheider Unternehmen erstellt.

Eine Sanierung mit Teilabriss und Teilneubau habe eine erwartete Nutzungsdauer von 25 Jahren und koste nach der schriftlichen Aussage einer Sanierungsfirma 1,85 Mio. €. Es läge noch eine weitere Aussage einer anderen Firma vor, die bei Zurechnung der von ihr nicht angebotenen Teilmaßnahmen auf ein ähnliches Ergebnis käme.

Die dritte Variante sei der Abriss der Parkpalette und die Sicherung der hangseitigen Rückwand mit einer Höhe von sechs Metern zum Abfangen der Grundstücke an der Werdohler Straße. Für die Zufahrt zur Sicherung der Wegerechte würde zusätzlich eine neue Stützwand errichtet. Nach einer Erneuerung des Bodenbelags stünden dann ca. 50 Stellplätze zur Verfügung. Die Kosten hierfür beliefen sich auf ca. 840.000 € zuzüglich Nebenkosten.

Die Verwaltung hätte dem Rat in der heutigen Sitzung vorgeschlagen, den Abriss und Neubau der Parkpalette durchzuführen. Die übertragenen Mittel aus 2009 in Höhe von 2,1 Mio. € stünden in diesem Jahr noch zur Verfügung. Eine weitere Mittelübertragung auf das Haushaltsjahr 2011 habe die Bezirksregierung abgelehnt. Eine Ausgabe der kompletten Mittel könne in diesem Jahr nicht mehr erfolgen.

Somit könne die Eigenerstellung der Parkpalette durch die Stadt nicht aus den in 2010 vorhandenen Haushaltsmitteln finanziert werden.

Ratsherr Fröhling erkundigt sich, ob die Möglichkeit bestünde, dass der Rat beschließe, den Investor mit der Durchführung des Projektes zu beauftragen. Dabei sei zu berücksichtigen, dass über den Punkt Anwohnerparken neu verhandelt werden müsse. Herr Weinert erwidert hierauf, dass sich die Kalkulationsgrundlage bei Berücksichtigung des Anwohnerparkens verändern würde. Die Stadt Lüdenscheid könne in diesem Fall die Maßnahme in Eigenregie günstiger durchführen und dürfe daher nicht auf das Angebot eingehen.

Ratsherr Wilde kritisiert, dass die Ausschreibung bereits im Mai 2009 erfolgt sei und die Maßnahme zeitlich in die Länge gezogen worden sei. Seiner Überzeugung nach könne die Parkpalette bei sofortiger Vergabe noch in diesem Jahr erstellt werden. Des Weiteren bezieht er sich auf seine schriftlich gestellte Anfrage. Bürgermeister Dzewas teilt hierzu mit, dass Ratsherr Wilde unter dem Punkt Anfragen seine Fragen stellen könne. Er bittet aber um Verständnis, dass die heute eingegangene umfangreiche Anfrage nicht komplett beantwortet werden könne. Er weist auf die Regelung hin, dass Anfragen fünf Tage vor der Sitzung schriftlich einzureichen seien.

Ratsherr Diller fragt, ob es möglich wäre, alternative Finanzierungen, zum Beispiel über städtische Bauträger, zu erschließen. Die Verwaltung möge dies sowie auch die Frage von Ratsherrn Fröhling in der Ferienzeit prüfen.

Ratsherr Holzrichter berichtet, dass den Mitgliedern des Bau- und Verkehrsausschusses in seiner Sitzung am 16.06.2010 bekannt gewesen sei, dass es Probleme bei der Finanzierung geben könne. Hierauf habe die Verwaltung hingewiesen. Das Angebot des Investors habe der Ausschuss aufgrund des Nachtrags zu den Änderungen beim Anwohnerparken, auch aus rechtlicher Sicht, nicht annehmen können. Das Parken für den Verein Altstadtparken und das Anwohnerparken müsse erhalten bleiben. Er schließe sich dem Antrag von Ratsherrn Diller an, dass die Verwaltung alternative Finanzierungsmöglichkeiten prüfen solle. Darüber hinaus erkundigt er sich, ob, sollte sich keine Lösung abzeichnen, inwieweit die Parkpalette in ihrem jetzigen Zustand verbleiben könne.

Erster Stellvertretender Bürgermeister Bodenheimer erkundigt sich unter anderem, ob das seinerzeit erstellte Sanierungsgutachten noch gültig sei. Des Weiteren appelliere er an die Verwaltung eine Lösung zu finden. Die Anwohner und Geschäftsleute hätten einen Anspruch auf Parkplätze.

Herr Kuschmirtz, Zentrale Gebäudewirtschaft, antwortet, dass das damals erstellte Gutachten keine solide Grundlage mehr sei. Eine neue Kalkulation sei erforderlich geworden.

Auf die Frage von Ratsherrn Holzrichter teilt Herr Weinert mit, dass es neben den drei vorgestellten Varianten auch noch die „Null-Variante“ gäbe. Dies bedeute, dass die Palette mit allen Einschränkungen in dem jetzigen Zustand verbliebe.

Bürgermeister Dzewas führt an, dass die Verwaltung aufgrund der Aussage der Bezirksregierung zurzeit nur die „Null-Variante“ vorschlagen könne.

Erster Stellvertretender Bürgermeister Bodenheimer erkundigt sich unter anderem, ob die Parkpalette baufällig sei. Wenn ja, wie das Problem der Verkehrssicherheit gelöst würde. Herr Weinert teilt hierzu mit, dass die Parkpalette, wenn sie zwei Mal im Jahr begutachtet werde, nach Aussagen der Fachkräfte der Zentralen Gebäudewirtschaft und einer Lüdenscheider Firma noch mindestens zwei Jahre mit den Nutzungseinschränkungen stehen bleiben könne.

Bürgermeister Dzewas fasst abschließend zusammen, dass in den Sommerferien alternative Finanzierungsmöglichkeiten gesucht würden. Sollten Ergebnisse in den Ferien vorliegen, würde der Ältestenrat einberufen.

10. Festlegung der Straßen "Hochstraße", "Lennestraße" und "Lösenbacher Landstraße" als verkehrswichtige Straßen Vorlage: 089/2010

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die Straßen „Hochstraße“, „Lennestraße“ und „Lösenbacher Landstraße“ werden als verkehrswichtige Straßen definiert.

Diese Straßen befinden sich vorwiegend in der Baulast der Stadt Lüdenscheid.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 45

11. Neufassung der Vereinbarung über die freiwillige Beteiligung von Arbeitnehmervertretern am Aufsichtsrat der Südwestfalen Energie und Wasser AG Vorlage: 093/2010

Stadtkämmerer Blasweiler trägt folgenden Sachverhalt vor.

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PPC habe kürzlich in einem Mandantenbrief darauf hingewiesen, dass nach Aussage des Innenministeriums in Unternehmen mit kommunaler Beteiligung sämtliche Aufsichtsratsmandate auch durch entsprechende kommunale Träger

wahrzunehmen seien. In diesem Fall sei eine Arbeitnehmerbeteiligung ausgeschlossen. Dieser Mandantenbrief habe auch in anderen Städten für Unruhe gesorgt. Ein entsprechendes Dokument des Innenministeriums sei nicht auffindbar gewesen. Eine Nachfrage bei der Aufsichtsbehörde sei durch die Verwaltung direkt erfolgt. Ebenfalls sei das Innenministerium unmittelbar angeschrieben worden. Eine Aufklärung sei bis zur heutigen Ratssitzung nicht möglich gewesen.

Der gefasste Beschluss würde am nächsten Tag an den Märkischen Kreis mit dem Hinweis auf den abweichenden Mandantenbrief zur Prüfung gesendet.

Anschließend fasst der Rat der Stadt Lüdenscheid einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Neufassung der „Vereinbarung über die freiwillige Beteiligung von Arbeitnehmervertretern am Aufsichtsrat der Südwestfalen Energie und Wasser AG (ENERVIE)“ in der dem Rat vorliegenden Form wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 45

12. **Bebauungsplan Nr. 740 "Knapper Str. / AOK", 1. Änderung - beschleunigtes Verfahren nach § 13a BauGB; Entscheidung über die während der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung und der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Anregungen; Satzungsbeschluss**
Vorlage: 107/2010

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

- I Es wird festgestellt, dass aus der Öffentlichkeit sowie von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange während der öffentlichen Auslegung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 740 „Knapper Str. /AOK“ keine abwägungsrelevanten Anregungen vorgetragen wurden.
- II Gemäß § 10 Absatz 1 in Verbindung mit § 13a des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585) sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30.06.2009 (GV.NRW. S. 381) wird die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 740 „Knapper Str. /AOK“ vom Rat der Stadt Lüdenscheid als Satzung und die Begründung hierzu beschlossen.

- III Es wird festgestellt, dass die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 740 „Knapper Str. /AOK“ aus dem wirksamen Flächennutzungsplan entwickelt worden ist und demzufolge keiner Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde bedarf.

Der Bebauungsplan Nr. 740 „Knapper Str. /AOK“, 1. Änderung wird mit dem Tage der Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses des Rates der Stadt Lüdenscheid sowie von Ort und Zeit der öffentlichen Einsichtnahme rechtsverbindlich.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 45

- 13. Satzung der Stadt Lüdenscheid über die Gestaltung baulicher Anlagen, Werbeanlagen und die Gestaltung von Freiräumen für die Bereiche nördliche und südliche Altstadt sowie den Bereich Wilhelmstraße
Vorlage: 114/2010**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Gemäß § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW), § 86 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW), §§ 18 und 19 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW) wird die in der Anlage befindliche Satzung der Stadt Lüdenscheid über die Gestaltung baulicher Anlagen, Werbeanlagen und die Gestaltung von Freiräumen für die Bereiche der nördlichen und südlichen Altstadt sowie den Bereich der Wilhelmstraße beschlossen und erlassen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 45

- 14. Satzung der Stadt Lüdenscheid über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen im Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 555 "Wehberg in der Fassung der 2. Änderung"
Vorlage: 117/2010**

In einer persönlichen Erklärung gegenüber Bürgermeister Dzewas erklärt sich Ratsfrau Tschöke zu diesem Tagesordnungspunkt für befangen und nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Gemäß § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in Verbindung mit § 86 Abs. 1 Nr. 1 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) wird die in der Anlage beiliegende Satzung der Stadt Lüdenscheid über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen im Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 555 „Wehberg in der Fassung der 2. Änderung“ beschlossen und erlassen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 44

**15. Satzung der Stadt Lüdenscheid über das Teileinrichtungsprogramm der Erschließungsanlage "Fliegerstraße"
Vorlage: 063/2010**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Satzung der Stadt Lüdenscheid über das Teileinrichtungsprogramm der Erschließungsanlage „Fliegerstraße“ wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 45

**16. Satzung der Stadt Lüdenscheid über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 des Kommunalabgabengesetzes NW für straßenbauliche Maßnahmen
Vorlage: 092/2010**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst nachstehenden

Beschluss:

Die Satzung der Stadt Lüdenscheid über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 des Kommunalabgabengesetzes NW für straßenbauliche Maßnahmen wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 44

Nein-Stimmen: 1

**17. Neufassung der Satzung über die Grundstücksentwässerung in der Stadt Lüdenscheid (Entwässerungssatzung)
Vorlage: 116/2010**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 45

**18. Satzungen zur Dichtheitsprüfung von Hausanschlüssen der Stadt Lüdenscheid
Vorlage: 118/2010**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 45

**19. Mittel des Konjunkturprogrammes II - Spielplätze und Bolzplätze
Vorlage: 122/2010**

Ratsherr Pietzner bemängelt, dass die Unterhaltungskosten für die Folgejahre nicht aufgeführt seien. Er erkundigt sich, ob nicht eine Bezifferung der Kosten für die Folgejahre möglich sei.

Bürgermeister Dzewas teilt mit, dass eine Berechnung des Stadtreinigungs- und Baubetriebes Lüdenscheid die jährlichen durchschnittlichen Unterhaltungskosten bei 4.000 bis 5.000 € pro Spielplatz ansetzen würde. Diese beinhaltenden aber nicht die Abschreibung auf die Spielgeräte.

Ratsherr Pietzner fragt, ob zukünftig die bezifferbaren Folgekosten in den Vorlagen mit aufgeführt werden könnten

Bürgermeister Dzewas sagt dieses zu.

Anschließend fasst der Rat der Stadt Lüdenscheid einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat stimmt der Vorgehensweise zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 45

**20. Bewilligung von überplanmäßigen Mitteln HJ 2010
hier: Schule Schöneck (IR)
Vorlage: 137/2010**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Bei Produktsachkonto 010 100 060 – 7211442 – Schule Schöneck (IR) – werden überplanmäßige Mittel in Höhe von 40.000 € bewilligt. Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei Produktsachkonto 010 100 060 – 7211431 – Adolf-Kolping-Schule (IR) -.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 45

**21. Bewilligung von über- und außerplanmäßigen Mitteln HJ 2010
hier: Nattenberg Rückbau Stehtribüne, Kunstrasen Nattenberg Nebenplatz
Vorlage: 136/2010**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachstehenden

Beschluss:

1. Bei Investitionsmaßnahme A 08010106 – 7852000 – Nattenberg Rückbau Stehtribüne – werden außerplanmäßige Mittel in Höhe von 30.763 € bewilligt. Die Deckung erfolgt durch Einsparungen in Höhe von 30.112 € bei A 08010104 – 7852000 – Kunstrasen Sportanlage Honsel – sowie 651 € bei A 12010421 – 7852000 – Baustraße Heedfeld Süd/Schalksmühle -.

2. Bei Investitionsmaßnahme A 08010103 – 7852000 – Kunstrasen Nattenberg Nebenplatz – werden überplanmäßige Mittel in von Höhe von 15.846 € bewilligt. Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei A 12010421 – 7852000 – Baustraße Heedfeld Süd/Schalksmühle -.

3. Bei 080 010 010 – 5711100 - AfA Sachanlagen (VG über 410 €) - werden überplanmäßige Mittel in Höhe von 870 € bewilligt. Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei 120 010 040 – 5711100 – AfA Sachanlagen (VG über 410 €) -.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 45

**22. Bewilligung von überplanmäßigen Mitteln HJ 2010
hier: Bahnhof ZOB
Vorlage: 135/2010**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Bei Investitionsmaßnahme A 12010403 – 7852030 – Bahnhof ZOB – werden überplanmäßige Mittel in Höhe von 155.000 € bewilligt. Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei Z 12010422 – 7852030 – Bahnhof Gleisverlegung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 45

**23. Umbesetzung von Ausschüssen; hier: Schulausschuss und Jugendhilfeausschuss
Vorlage: 131/2010**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Lüdenscheid wählt

Herrn Michael Thomas-Lienkämper

als Nachfolger für den Sachkundigen Bürger Michael Käming in den Schulausschuss und als beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 44

24. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

24.1. Bekanntgaben

Es liegen keine Bekanntgaben vor.

24.2. Beantwortung von Anfragen

24.2.1. Ferienaktionen der Stadtbücherei

Die Beantwortung der Anfrage des Rats Herrn Biernadzki in der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses am 21.06.2010 ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

24.3. Anfragen

24.3.1. Regionale 2013/Denkfabrik

Ratsherr Pietzner fragt an, ob Ratsherr Dudas sich als Landtagsabgeordneter auch für die Regionale 2013 / Denkfabrik einsetzen werde.

Diese Frage wird sowohl von Ratsherrn Dudas als auch Bürgermeister Dzewas bejaht.

24.3.2. Konzepte für den Stadtteil Kluse/Worth

Ratsherr Oettinghaus berichtet, dass zwei weitere Geschäfte in der Worthstraße geschlossen hätten.

Er fragt an, ob Konzepte für diesen Stadtteil vorlägen.

Bürgermeister Dzewas sagt Prüfung und Beantwortung zu.

24.3.3. Verschmutzter Weg von der Reckenstraße in Richtung Schützenplatz

Ratsherr Oettinghaus teilt mit, dass der Weg von der Reckenstraße in Richtung Schützenplatz stark verschmutzt sei.

Er fragt an, ob der Weg gereinigt werden könne.

Bürgermeister Dzewas sagt Prüfung und Beantwortung zu.

24.3.4. Voraussichtliches Defizit Haushaltsjahr 2011

Ratsherr Haase fragt an, ob schon das Defizit für das Haushaltsjahr 2011 abgeschätzt werden könne.

Stadtkämmerer Blasweiler teilt hierzu mit, dass das Defizit derzeit bei 25 Millionen € läge. Da weder die Entwicklung der Kreisumlage noch die der Schlüsselzuweisung des Landes absehbar seien, könnten sich hier aber noch Abweichungen in Millionenhöhe ergeben.

gez. Dzewas
Vorsitzender

gez. Marré
Schriftführerin